



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Eimer, Manfred: Vom Partikularismus zum Einheitsstaat

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Vom Partikularismus zum Einheitsstaat

Von Dr. Manfred Eimer



Es ist klar, daß der Partikularismus nichts „echt Deutsches“ ist, sondern nur ein bei uns noch nicht überwundener, freilich durch sein Alter verknöchertcr Urzustand, den alle größeren Kulturvölker Europas durchgemacht, aber überwunden haben. Er ist ein Zustand der Unkultur, gekennzeichnet durch Feindseligkeit gegen den Landsmann von anderer Mundart usw. Er ist ein Zustand tiefstehender politischer Intelligenz, vielfach das Kennzeichen des „blinden Hödur“, der unpolitisch politisierenden Masse. Endlich ist er ein Erziehungsprodukt, eine Einflüßwirkung seitens der Regierungen und ihrer Organe, nicht zuletzt auch der neu aus Rußland gekommenen „roten Fürsten“, die, entgegen dem Programm der Sozialdemokratie, zäh an ihrem Regententum festhalten, ja, wie das jüngst bei dem württembergischen Kriegsminister in Bezug auf das Reichsheer der Fall war, eifrig gegen die Einheitsströmung intrigieren!

Aber es zeigt sich, daß wir doch auf dem Wege sind, uns aus diesem Urzustand selbst zu befreien, vielfach allerdings nicht aus deutschem Gemeinfinn, sondern aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten heraus, welche durch die neuen Verkehrsbedingungen und neuen wirtschaftlichen Ziele geschaffen werden. Man strebt nach größeren Verbänden; die bestehenden, oft so künstlichen und hemmenden Kleingrenzen haben an Wert im letzten halben Jahre ebensoviel eingebüßt, wie sie durch die Lebensmittelsperren im Kriege leider gewonnen hatten.

Aber es wäre doch unrichtig, den Dingen einfach den Lauf zu lassen. Diejenigen, welche die Beseitigung der Einzelstaaten und ihrer etwa hundert Minister wünschen, müssen sich Ziele setzen.

Zunächst fragt es sich, wie der Kampf gegen den Sondertroz und die innere politische Trennung aufgenommen werden kann. Es mögen ja hier und dort unter den tausenden von Vereinen auch Unitariervereine bestehen. Hervortreten tun sie nirgends in beachtenswerter Weise. Gerade hier aber wäre wahrlich eine Verbandsgründung eine deutsche Notwendigkeit und eine Tat! Man möchte dabei an den Alldeutschen Verband denken, dessen außerdeutsche Ziele erledigt sind, dessen Wirksamkeit aber zu Ende des vorigen Jahrhunderts gerade z. B. in Württemberg darin bestand, der preußenfeindlichen Stimmung durch Pflege des Reichsbewußtseins zu begegnen und so den deutschen Gedanken zu fördern. Aber der Alldeutsche Verband, der neben der ja nicht ausbleibenden Pflege der Irredenta sehr wohl den Kampf gegen den Partikularismus zum Prinzip erheben könnte, ist zu stark mit dem preußischen Konservatismus, der selbst partikularistisch ist, verbunden worden, als daß die Aussichten günstig wären; auch steht er denjenigen Teilen der Demokratie — von der Sozialdemokratie zu schweigen! — welche unitarisch gerichtet ist, zu fern, als daß man hoffen dürfte, daß die Alldeutschen allein für sich diejenigen sein könnten, welche dies Ziel verfolgen sollten. Es müßte ein Verband begründet werden, in welchem die Herbeiführung des Einheitsstaates das einzige Prinzip wäre, und wo auch die Frage: ob Kaisertum, ob Freistaat keine maßgebende Rolle spielen dürfte.

Dieser Verband der Einheitsfreunde würde sich zunächst damit zu befassen haben, was auf gesetzlichem Wege vor allem noch zu beseitigen wäre, um dem Endziel näher zu kommen. Dieses selbst wäre der andere Zielpunkt; und das ist die Beseitigung des eben jetzt, unter Einwirkung der Einzelstaaten, neu begründeten Vielländerunwesens, — die Schaffung des Einheitsstaates. Was das erste, die Bekämpfung noch vorhandener Sondertümeleien, betrifft, so handelt es sich dabei zunächst um eine Außerlichkeit, die, wie es scheint, in der neuen Verfassung abermals als nebensächlich beiseite gelassen wurde, dies aber durchaus nicht ist. Gerade so wie die bayerischen Marken der Ausdruck besonderen Eigensinns waren und als solcher sehr richtig im Ausland gewertet wurden, gerade so ist es ein

psychologischer Fehler, daß das Reich an seinen Grenzen nicht als „Deutsches Reich“ erscheint, sondern als ein Einzelland — Preußen, Sachsen, Bayern, Baden. Um diese vier handelt es sich heute staatsrechtlich. Es gibt keine Reichsgrenzpfeile. Die müssen, nach Art des alten Österreich oder der Schweiz, wo die Länder und Kantone doch zu ihrem Nebenrechte kommen, aufgepflanzt werden. Man sollte meinen, das ist nur vergessen worden und kann alsbald nachgeholt werden.

Ganz anders liegt es bei den wichtigeren Zielen, wo es sich um Beseitigung von Sonderrechten handelt, wo aber das Reich notwendigerweise der allein oder doch im Großen maßgebende Machtfaktor werden muß. Das sind die Steuer- souveränität der Einzelländer (abgesehen von den Gemeinden); ferner das Unterrichts- wesen an den Schulen; und endlich die Freizügigkeit aller staatlich Geprüften im Reich. Steuer- und Unterrichts- wesen sind in ihrer Zersplitterung anerkanntermaßen große Steine des Anstoßes und elementare Hindernisse für ein gedeihliches Zusammengehen und Zusammenwachsen. Das finanzielle und das kulturelle Leben eines großen Reiches in ein solches Durcheinander und Gegeneinander aufgelöst zu sehen, widerspricht zwar nicht den zähen Selbsterhaltungsbestrebungen der hundert Minister, aber dem gesunden Verstand, sofern man ein Reichsbewußtsein, ein deutsches Geist ohne Vöcher überhaupt haben will! Es ist unmöglich, daß wir aus dem Fehler, zwei Vaterländer zu besitzen, anstelle des einen, herauskommen, solange diese Unterschiede, und was die Steuern angeht, diese Kämpfe fortbestehen.

Ebenso ist es traurig und geradezu widersinnig vom nationalen Standpunkt aus, daß es Freizügigkeit für die meisten Deutschen nicht gibt, welche ihr Dasein auf einer Prüfung in einem Einzelstaat aufbauen; daß die Prüfungen in den Einzelstaaten gegenseitig meist nicht anerkannt werden, weil sie nicht einheitlich eingerichtet sind, oder selbst dann, wenn dies der Fall ist. Gerade jetzt löst sich langsam der Bann, der in dieser Hinsicht auf alle aus dem Reichsland Vertriebenen und Stellensuchenden gelegt ist. Es hat Monate gedauert, bis eine Einigung wegen „Zulassung“ der Rechtsanwälte in einigen Sonderstaaten erzielt wurde, und es dauert noch länger, bis die elsass-lothringischen Landesbeamten irgendwo unterkommen können, wobei kaum ein anderer Sonderstaat, als Württemberg, so patriotisch war, es den Vertriebenen gegenüber als Pflicht zu bezeichnen, sie seinerzeit anzustellen. In anderen Staaten erfolgte auch solchen Deutschen gegenüber, die dort gebürtig oder heimatberechtigt sind, einfach eine Ablehnung! Aber abgesehen von diesen unrühmlichen Vorgängen, — Freizügigkeit ist ein Stück Freiheit, und wenn davon vielleicht viel weniger Gebrauch gemacht würde, als man meinen sollte (da der Deutsche nun einmal an seiner Scholle hängt), so muß sie dennoch als wichtiges Ziel der Einheitsfreunde bezeichnet werden.

Man muß die Widerstände, die sich namentlich der Reichsbesteuerung (statt Einzelstaatsbesteuerung) und dem Reichsunterrichtswesen entgegenstemmen, scharf bekämpfen. Die Kulturwerte, die Eigenart und die wirtschaftlichen Besonderheiten, die dagegen ins Feld geführt werden, sind schwache Polemik. Denn all das besteht auch in anderen Ländern munter fort, sogar im zentralistischen Frankreich, obschon dort solche Zustände der Zersplitterung, wie bei uns, als undenkbar und höchst rückständig gelten würden.

Wenn einmal diese Ziele in Deutschland erreicht wären, so hätten diejenigen Recht, welche sagen, dann sei die Souveränität der Einzelländer dahin. Dann haben aber auch diejenigen Recht, welche sagen, nicht allein die Schöpfung von 1871, die schwer brüchig geworden ist, sondern der Zollverein, die Münzeinheit, das gemeine Recht und die Errungenschaften der Verfassung von 1919 haben die von den Partikularisten beklagte Arbeit besorgt, woraufhin auch die noch übrigen großen Faktoren der Selbstherrlichkeit schwinden mußten, bis als eine geknickte Säule noch übrig blieb — die Souveränität ohne Inhalt.

Und dann kann der letzte Schritt getan werden: auch sie zu stürzen über Nacht! Den Einheitsstaat zu schaffen!

Ein Mißverständnis wird hier gern wachgehalten von denen, die nicht wollen; es wird von dem Raub der Heimat und der Einbuße der eigenartigen Kultur geredet.

Die Heimat soll eben so wenig jemandem geraubt werden, wie einer stammlich gearteten Landschaft im Reiche ihre Kultur, — worunter sich die wenigsten, die das befürchten, übrigens ein klares Bild machen können. Daß es bestimmte Prägungen der Eigenart in Deutschland — wie in jedem großen Nationalstaat! — gibt, ist klar, und es ist durchaus nicht nötig, daß man den Einheitsstaat nur so zu denken hätte, daß Deutschland in etwa hundert Kreise eingeteilt würde. Es gibt einen Mittelweg, und er muß gegangen werden. Die Länder — auch Preußen — müssen verschwinden. An ihre Stelle müssen Kulturprovinzen treten.

Preußen wehrt sich — mit Recht — gegen den Plan des Professors Preuß, eben nur Preußen in einzelne Länder zu zerlegen, die anderen aber bestehen zu lassen. Dr. Preuß ist dabei von der richtigen Erkenntnis ausgegangen, daß die ideale und reale Führerrolle Preußens, die ihm 1871 aus natürlichen Gründen zugeteilt wurde, nicht weiter durchzuführen ist; daß es Preußen nicht gelingen kann, „in Deutschland aufzugehen“, wegen der Widerstände, die sich im Reich gegen Preußen immer gehässiger zeigen. Nun ist ja die Personalunion zwischen Preußen und dem Reich aufgehoben; das Reich steht heute Preußen ebenso nahe und ebenso fern wie allen anderen Ländern Deutschlands. Schon damit ist die staatsrechtliche Führerrolle Preußens aufgegeben. Umso schärfer tritt aber jetzt der Unsegen der Gleichberechtigung der kleineren — und so viel kleineren! — Staaten mit Preußen hervor. Es hat sich eine förmliche süddeutsche Koalition gebildet, die sich aber gleichzeitig offenkundig gegen das Reich spreizt. Diese Zustände bergen die Gefahr einer rasch wachsenden noch größeren, politisch gefärbten Entfremdung in sich. Das muß verhütet werden. Wir müssen uns näher, ganz nahe kommen, nicht uns noch ferner rücken!

Dieser Gesichtspunkt ist infolge der Widerstände im Staatenhause gegen den Einheitsstaat nicht durchgedrungen; Preußen aber hat sich mit Recht gegen seine geplante Abschachtung gewehrt.

Wenn schon, denn schon!

Und das ist das letzte Ziel: die hundert Minister müssen begraben werden; die Länder müssen sämtlich ihre Souveränität aufgeben; an deren Stelle muß die alleinige Souveränität des Reiches treten, zugleich aber auch Selbstverwaltung der neuen Kulturprovinzen, die nach dem Recht der Selbstbestimmung, möglichst auf stammlicher Grundlage, aber auch möglichst gleich an Umfang oder Bewohnerzahl, gebildet werden müßten.

Sollte das nicht wirklich ein Segen für unser armes, durch den Egoismus und die Gehässigkeiten und Hemmungen des Partikularismus zerrissenes und belastetes Deutschland sein? Ich bin überzeugt davon. Aber es muß darauf auch hin gearbeitet werden. Der einzelne ist machtlos. Wenn die Gleichgesinnten — aus allen politischen Parteilagern — sich zusammenschließen, so werden sie die gute Sache fördern, die ja nicht nur eine ideelle, sondern auch eine sehr praktische Seite hat; nämlich die Vereinfachung unseres so überaus schwerfälligen Reichsapparats und dieses von den meisten deutschen Reichsbürgern selbst nur so halb und halb begriffenen Reiches der hundert Minister.

